

Die Not der Uebergangszeit.

Von Abg. Dr. Otto Steinwender.

Im Sturm bringen auf uns Tag um Tag neue Ereignisse herein. Um so fester sollten wir sein. Wir sind es leider nicht, und im Gegensatz zu unserer Mannschaft im Felde, die sich nicht brechen läßt, verlieren wir den Halt. Der Mangel an politischem Ziel und an parteimäßiger Disziplin, der uns im Frieden anhaftete, rächt sich jetzt. Und während Tschechen und Slowenen genau wissen, was sie wollen, während sie zu rechten Zeit zu reden und, was oft noch wichtiger ist, zu schweigen wissen, während sie sich gemeinsam vorbereiten für die Stunde der Entscheidung, gibt es bei uns Dissonanzen und Mißtöne. Unser Volk ist nicht vorbereitet, und zwar durch unsere Schuld, durch die Schuld der politischen Parteien und ihrer Führer.

Darum war der letzte Montag, an dem sich alle deutschen Abgeordneten zu einer einheitlichen Nationalversammlung zusammenschlossen, geradezu eine Erlösung. Wenn nicht nur die Nationalversammlung im ganzen, sondern auch alle ihre Teile bis zum Einzelnen vernünftig, stark und ruhig bleiben, kann es besser gehen, können wir mit Ehren und ohne Schaden für die Zukunft unseres Volkes aus der schwersten Zeit und dem Unglück, das wir mitverschuldet haben, hervorgehen.

Der erste Beschluß der Nationalversammlung bahnt den Weg ins Freie. Wir Deutsche in Oesterreich wollen unser eigenes Haus bauen mit allen Rechten und Pflichten der Selbstbestimmung. Wir gönnen und wünschen den anderen Nationen dasselbe, nicht mehr und nicht weniger als uns selbst. Als freie Gleichberechtigte wollen wir uns trennen und uns wieder zusammensuchen in dem, was sich nicht trennen läßt. Vielleicht bleibt wenig oder auch nichts als dauernd gemeinsam; wir stoßen nicht ab, und wir drängen uns nicht heran. Aber so viel muß jeder Vernünftige jeder Nation begreifen, daß wir uns verständigen müssen über die Zwischenzeit bis zur reinlichen Scheidung und über das, was für jeden Teil entfällt an Gütern wie an Lasten. Dazu brauchen wir wenigstens für einige Zeit eine gemeinsame Regierung, oder wenn dieses Wort anstößig wäre, eine Zentrale, eine Kommission, eine Delegation oder wie immer man das Ding nennen mag.

Steht es einmal fest, daß jede Nation Herrin auf ihrem Siedlungsgebiet ist, und sind diese Gebiete wenigstens grundsätzlich abgesteckt, dann werden sich die Vertretungen der Nationen auch zusammensuchen zur Fortführung bis zur Teilung und zu einer redlichen Teilung, die allen nützlich ist. Darum verzweifeln wir auch nicht, allerdings in der Voraussetzung, daß wir Deutsche uns an Einigkeit und Disziplin von den anderen nicht beschämen lassen.

Allerdings wird die Teilung für jeden Teil mehr Unerfreuliches bringen als Erwünschtes. Denn was wir an gemeinsamen Gütern besitzen, wie Gebäuden, Eisenbahnen, Forsten und Bergwerken, zählt wenig gegen die neuen und alten Schulden, welche die Summe von 80.000 Millionen Kronen schon heute überschreiten. Diese furchtbare Summe muß verzinst und getilgt und daher auch von den einzelnen Teilen der alten Staaten übernommen werden. Dafür bürgt außer dem feierlich gegebenen Wort die Macht der vielen Hunderttausende von Staatsgläubigern; schließlich würden auch England und Amerika als Welthandelsvölker und Weltgläubiger einen österreichischen Bankrott nicht dulden. Mitzahlen werden allerdings auch die Staatsgläubiger in Form von Abstempelungen und Couponabzügen, aber nicht in einem höheren Maße als jeder andere Besitzer von Werten aller Art. Möglich also, daß anstatt 80 nur 60 Milliarden zu zahlen und daher auch zu übernehmen sind, aber dem Staate wird ebensowenig die Schuld geschenkt wie dem Gläubiger das Guthaben geraubt.

Voransichtlich wird der Schuldenteilung eine Schuldenminderung durch eine Vermögensabgabe und auch durch eine Vermögenszuwachsabgabe vorangehen. Bleiben also vielleicht 40 Milliarden mit einem Jahreserfordernisse von rund 2000 Millionen Kronen. Das Doppelte der Steuersumme des letzten Friedensjahres würde also das Erfordernis überschreiten. Dabei wäre es billig, einige Korrekturen vorzunehmen, denn die Gebäude waren zu hoch, die Grundstücke zu niedrig besteuert, auch hat die Steuerverteilung Verschiebungen verursacht, die

in Zukunft wegfallen. Doch das sind Einzelheiten, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Jedenfalls zeigen die unmaßgeblichen Ziffern unserer Schätzung, daß die Lasten trotz ihrer unheimlichen Größe die Leistungsfähigkeit nicht überschreiten. Die Vertreter der Nationalregierungen haben also eine Aufgabe vor sich, welche lösbar ist; daher werden die Gläubiger in ihrem eigenen Interesse gut tun, inzwischen die Courage nicht zu verlieren.